

**165. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 22.10. 2015**

Antrag Nr 6/2015

**Die 165 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordert der Bund auf,
die Obdachlosenflüchtlinge Unterzubringen.**

Begründung:

Die Unterbringungs-Situation von Menschen auf der Flucht wird im anziehenden Herbst auch in Österreich immer prekärer. Einmal mehr versagen die Innenministeriums-Behörden und der Schweizer "Betreuungskonzern" ORS. In Ostösterreich schon seit 2 Wochen. Und jetzt auch an der Erstaufnahmestelle Technik West in Innsbruck.

Dem antirassistischen Zusammenschluss Plattform Bleiberecht Innsbruck liegen seit, 27.9. 2015 mehrere dokumentierte Fälle vor, in denen schutzbedürftigen Menschen von der Polizei nur die Obdachlosigkeit als Option vorgeschlagen wurde. In einem einseitigen Informations-Zettel des BFA (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl) wird ausschließlich in deutscher Sprache mitgeteilt, dass der Bund im Moment über keine freien Unterbringungs-Möglichkeiten verfügt. Und dass sich die Menschen selbst um Schlafplätze umsehen sollten. Solche Informations-Zettel wurden und werden vielen Flüchtlingen von der Polizei seit knapp 10 Tagen in die Hand gedrückt. Auch Medien berichteten, dass das "Verteilzentrum" mit 250 Plätzen überbelegt sei und Menschen zwar registriert, aber dann auf die Straße gesetzt würden. Private Unterkünfte seien mit Unterstützung des Landes für die obdachlosen Flüchtlinge gesucht worden. Tatsächlich ist es so, dass immer öfter Privatpersonen die staatliche Aufgabe "übernehmen" müssen, damit Flüchtlinge (mit Kindern) nicht auf der Straße schlafen müssen.